

Newsletter Februar 2022

Liebe Genoss*innen, liebe Unterstützer*innen der LINKEN-Stuttgart,

mit diesem Newsletter möchten wir einige, unmittelbar bevorstehende Arbeitskämpfe besonders hervorheben und Euch dazu einladen diese solidarisch zu unterstützen: Es geht um die Tarifrunde Sozial & Erziehungsdienste (SuE), die mit der ersten Verhandlungsrunde zwischen der Gewerkschaft ver.di und dem Verband kommunaler Arbeitgeber am 25. Februar ihren Anfang nimmt und mit den Kundgebungen zum 08. März, dem Weltfrauenstreiktag, einen ersten Höhepunkt erreichen könnte. Stichwort »Frauenstreik« – hierin liegt auch die besondere Bedeutung der SuE-Runde, denn der Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen z.B. in KiTas ist in doppelter Hinsicht ein Kampf der Frauen. Derjenigen Frauen, die in der Branche arbeiten aber auch derer, die für eine gleiche Verteilung der Last von Hausarbeit und Erwerbsarbeit kämpfen - wofür u.a. eine gut ausgebaut Betreuung entscheidend ist. Mehr Infos in einem Beitrag unter **Aktuelles**. Am 23. Februar wollen wir uns in einem kreisweiten Online-Treffen auf den 08. März vorbereiten.

Überhaupt könnte 2022 auch ein Jahr der Verteilungskämpfe werden – hoffentlich sogar. Denn umverteilt – und zwar von unten nach oben – wurde in den Pandemie Jahren zur Genüge. Nur der Abwehrkampf dagegen fiel schwer. Den stagnierenden Löhnen der letzten Jahre steht nahezu eine Verdopplung der Vermögen der reichsten 10 % in Deutschland gegenüber! Wie die Junge Welt am 27.12.2021 schrieb: »Die Coronapandemie ist für das Kapital kein Anlass, den Klassenkampf einzustellen und mit den Beschäftigten sowie ihren Interessenvertretungen 'gemeinsam durch die Krise' zu gehen. Ganz im Gegenteil. Die multiplen Krisen der kapitalistischen Ökonomie (Pandemie, stockender Welthandel, technologischer Wandel) sollen wie stets von den abhängig Beschäftigten ausgebadet werden.«

In 2022 stehen angefangen u.a. mit den Sozial- & Erziehungsdiensten (ab März), Metall & Elektroindustrie (ab Oktober), Bund & Kommunen (ab ca. Dezember) wichtige Arbeitskämpfe an. Lasst uns als Stuttgarter LINKE unseren Beitrag dazu leisten, dass die Kämpfe erfolgreich sind.

In **Meldungen & Artikel** haben wir einen Gastbeitrag eines jungen Mitglieds, dass eine besondere Problematik der Mietabzocke im Bereich der Wohngemeinschaften beispielhaft darstellt. Bei **Sonstiges** geben wir mal wieder einen Fernsehtipp und in den **Termine** findet ihr eine Auswahl empfehlenswerter Termine.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf Rückfragen und Anregungen unter: info@die-linke-stuttgart.de

Sozialistische Grüße

Katharina Lenhardt Pablo Alderete Filippo Capezzone

Inhaltsverzeichnis

1. Aktuelles
2. Beschlüsse & Berichtenswertes aus dem Kreisvorstand
3. Meldungen & Artikel
4. Termine (Auswahl)
5. Sonstiges

1. Aktuelles

Am 8. März feministisch streiken

Frauenstreik und Tarifrunde Sozial & Erziehungsdienste



Dieses Jahr fällt der Internationale Frauenkampftag, der 8. März, auf den Beginn der Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst. Seit einem halben Jahr bereiten feministische Gruppen bundesweite eine Unterstützungskampagne für die Tarifrunde vor. Das Ziel ist gemeinsam am 8. März feministisch zu streiken. In Stuttgart arbeitet das Aktionsbündnis 8. März, in dem wir als DIE LINKE vertreten sind, eng mit der Gewerkschaft ver.di zusammen. Bereits am 25. Februar, am Verhandlungsauftritt, wird das Aktionsbündnis eine Solidaritätsaktion für die Beschäftigten machen. Der

Treffpunkt für die Soli-Aktion ist am Freitag, 25. Februar, um 11:30 Uhr am Karlsplatz.

Online-Mitgliedertreffen: Warum unterstützt die feministische Bewegung die Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst und wie können wir uns als DIE LINKE einbringen?

Wir wollen euch am Mittwoch, 23. Februar, um 18:00 Uhr, über die Tarifrunde und die Vorbereitungen zum 8. März informieren und mit euch gemeinsam überlegen, was wir am 8. März machen wollen und wie wir auch darüber hinaus die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst unterstützen können. Die Einwahldaten gehen euch noch separat zu, bzw. werden demnächst in der oben verlinkten Veranstaltung auf unserer Website ergänzt.

Link: <https://gleft.de/4AH>

2. Beschlüsse & Berichtenswertes aus dem Kreisvorstand

Bei seiner Vorstandsklausur am Samstag, den 29. Januar diskutierte der Kreisvorstand der LINKEN Stuttgart Schwerpunktsetzungen und Jahresplanungen für das kommende Halbjahr. Man einigte sich darauf die intensive Stadtteilarbeit rund um das Thema Wohnen, wie sie u.a. mit der Kampagne gegen Mieterhöhungen bei der SWSG begonnen wurde, weiter zu intensivieren und ggf. durch die Fokussierung auf einzelne Wohnquartiere oder Schwerpunktstadtteile die nötige Regelmäßigkeit herzustellen. Konkrete Kämpfe sollen begleitet werden: z.B. gegen Mieterhöhungen, gegen steigende Nebenkosten, gegen Abriss und Mieter*innenverdrängung. Regelmäßige vor Ort Termine in ärmeren Wohnsiedlungen sollen durchgeführt werden und die Verankerung der LINKEN Stück für Stück vorantreiben. Nächster Termin ist z.B. eine Inforunde Ende Februar im Lauchhau. Wichtige Tarifaueinandersetzungen im Jahr 2022 wollen wir politisch begleiten – angefangen bei den Streiks in den Sozial- und Erziehungsdienste ab März 2022. Um dieses Thema und unsere Aktivitäten rund um den 08. März gut vorzubereiten, möchten wir am 23. Februar (online) ein Mitgliedertreffen anbieten (Nähere Infos in den Terminen).

Das Thema Pflege & Gesundheit/ Krankenhäuser soll weiter verfolgt werden, u.a. durch eine Unterstützung der Kampagne von ver.di für eine Dienstvereinbarung Arbeitsschutz, d. h. für Personalbemessung im Klinikum Stuttgart. Klimaschutz soll in Zukunft über das Thema Nahverkehrs und Ticketpreise bearbeitet werden. Hierzu gibt es am 17. März ein Arbeitsgruppentreffen. Kreismitgliederversammlung in der KW 12 sollen die Delegierten für den Landesparteitag neu gewählt werden. Die Einladung geht den Mitgliedern zu, sobald ein Raum gefunden ist.

Im Frühjahr und Sommer sollen Termine wie Kinoabende und ein Sommerfest das Parteileben in Schwung bringen, dass durch Corona gelitten hat.

3. Meldungen & Artikel

Horrende Mieten in Wohngemeinschaften

Betrachtungen zu einem Spezialfall des Mietenwahnsinns

Gastbeitrag von Dorian Rieger



Über die Wohnungsfrage und die explodierenden Mieten ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden. Immer mehr Lohn wird von Miete und Nebenkosten aufgefressen, bis am Ende kaum noch etwas übrig bleibt. Ganz so dramatisch ist die Situation bei mir nicht, jedoch zeigt mein Fall einen Teil des Versagens kapitalistischer Mietenpolitik. Seit etwas mehr als einem Jahr wohne ich nun mit vier Mitbewohner*innen in Stuttgart (deutsche Großstadt mit der höchsten Mietspiegelmiete) in einer Wohngemeinschaft (WG). Das ist übrigens sehr weit verbreitet: 21 % der Mieter*innen

in Deutschland wohnen in Wohngemeinschaften.

Unsere Wohnung ist 90 Quadratmeter groß, 25 davon sind Gemeinschaftsfläche wie Küche, Bad, Klo und Flur. Ein Wohnzimmer haben wir nicht. Im Unterschied zu anderen WGs, in denen eine*r der Bewohner*innen Hauptmieter*in ist und an die anderen untervermietet, hat unser Hauseigentümer mit jedem WG-Mitglied einen separaten Mietvertrag abgeschlossen.

Ich zahle für mein 11 Quadratmeter großes Zimmer jeden Monat, 465 € Miete. Meine vier Mitbewohner*innen zahlen – je nach Größe ihrer Zimmer etwas mehr oder weniger. Insgesamt lohnen wir unserem Vermieter monatlich knapp 2.400 €. Schon immer wundern wir uns über die horrende Miete, die wir zahlen, während andere WGs nicht ganz so tief in die Tasche greifen müssen.

Wenn man eine Orientierung haben will, wie viel der Vermieter berappen darf, dann ist die ortsübliche Vergleichsmiete maßgeblich. Diese kann man im Mietspiegel ablesen. Am Stuttgarter Mietspiegelrechner¹ konnte ich bequem bestimmen, dass unser Vermieter für unsere Wohnung insgesamt zwischen 770 und 1.100 € Kaltmiete verlangen könnte. Wir zahlen zwar eine feste Miete, die Nebenkosten beinhaltet, aber insgesamt zahlen wir mehr als das doppelte der durchschnittlichen Vergleichsmiete.

Wie kann das sein? Ist das rechtens und kann man etwas dagegen tun? Das hat sich in einem ähnlichen Fall ein anderer WG-Bewohner auch gedacht und gegen seinen Vermieter wegen Mietpreisüberhöhung geklagt. Ein extrem mieterfeindliches Urteil des Amtsgerichts Stuttgart vom April 2020 brachte leider die Klärung: Wenn ein Eigentümer an jedes WG-Mitglied extra vermietet, dann darf er jedem zusätzlich zu der Wohnfläche des WG-Zimmers noch 50 % der Gemeinschaftsfläche anrechnen – und nicht etwa nur die Quadratmeter Gemeinschaftsfläche geteilt durch Anzahl der WG-Bewohner*innen. Das Amtsgericht betrachtet die Sache also so, dass der Vermieter unser Fünfer-WG 62,5 Quadratmeter Gemeinschaftsfläche abrechnen darf, wo es in Wirklichkeit nur 25 Quadratmeter sind. Bei dem Preis sollte zumindest ein Wohnzimmer drin sein, möchte man meinen...

Es wäre zu einfach, jetzt meinen Vermieter als Blutsauger zu beschimpfen und es dabei zu belassen. Als Marxist*innen müssen wir aber sehen, dass er in seinem logischen Klasseninteresse handelt und ja geradezu dumm wäre, nicht jeden Cent aus uns herauszuquetschen. Stammtischparolen werden uns hier nicht weit bringen, die Lohnabhängigen und Mieter*innen müssen sich organisieren, in Mieterinitiativen, und noch besser, in einer Partei. Kurzfristig sind Mietenstopp und Preiskontrollen alternativlos für eine Wohnungspolitik, die das menschliche Bedürfnis nach Wohnen befriedigt, aber perspektivisch brauchen wir eine Überwindung von Markt und Profitwirtschaft.

Dorian Rieger ist aktiv bei DIE LINKE in Stuttgart-Ost und bei den Jugendorganisationen Linksjugend [solid] Stuttgart und SDS.

1 <https://www.service-bw.de/web/guest/prozessdurchfuehrung/-/aufgaben/process/550444904>

2 AG Stuttgart – Az.: 31 C 5490/18 – Urteil vom 28.04.2020. Mehr Details zu dem Verfahren siehe z.B. unter: <https://www.mietrechtsiegen.de/ortsuebliche-vergleichsmiete-bei-einem-wg-zimmer/>

4. Termine (Auswahl)

Aufgrund der Vielzahl von Terminen können wir nur eine Auswahl aller Termine in den Newsletter integrieren. Eine aktualisierte Liste weiterer Termine findet ihr in der Terminrubrik auf unserer Website.

Mi. 09. Februar 2022 18:00 Uhr

Forum Stuttgarter Kommunalpolitik

Online | Infoveranstaltung | Veranstalter*innen: Johanna Tiarks & Luigi Pantisano

15. Februar 2022 18:00 Uhr

Für eine gerechte Corona-Politik!

Schlossplatz, Stuttgart | Kundgebung | Veranstalter: u.a. Caritas, AK Asyl, ver.di

+++ 17. Februar 2022 19:00 Uhr +++

Aktiventreffen: Thema ÖPNV mit Thomas Goes

Online | Aktiventreffen | Veranstalter*innen: DIE LINKE. KV Stuttgart

+++ 23. Februar 2022 18:00 Uhr +++

Mitgliedertreffen Thema: Fraustreiktag & Tarifrunde Sozial und Erziehungsdienste

Online | Mitgliedertreffen | Veranstalter: DIE LINKE. KV Stuttgart

26. Februar 2022 11:00 Uhr

Inforunde für SWSG-Mieter*innen im Lauchhau

Vor dem Netto, Büsnauerstr. | Inforunde | Veranstalter: DIE LINKE. OV Filder/KV Stuttgart

+++ 8. März 2022 16:30 Uhr +++

Demonstration zum internationalen Frauenkampftag!

Theodor-Heuss-Straße, Stuttgart | Demonstration | Veranstalter: ver.di Bezirk Stuttgart, Aktionsbündnis 8. März, DGB Frauen Stuttgart

11. März 2022 18:00 Uhr

LINKER Mitglieder-Kino-Abend

Ort wird noch bekannt gegeben | Filmabend & Diskussion | Veranstalter: DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart

13. März 2022 10:00 Uhr

Arbeitstreffen der LAG Frieden ('Kleiner friedenspolitischer Ratschlag')

Wahlkreisbüro MdB Tatti, Karlstraße 16, Reutlingen | Gruppentreffen | Veranstalter: LAG Frieden in DIE LINKE. Baden-Württemberg

Weitere Termine auf unserer Website: <https://www.stuttgart.die-linke-bw.de/start/termine/>

4. Sonstiges

Fernsehtipp: Jagd auf Verfassungsfeinde. Der Radikalenerlass und seine Opfer



Vor kurzem, am 28. Januar, jährte sich zum fünfzigsten mal ein Beschluss der deutschen Bundesregierung aus dem Jahr 1972, der sogenannte »Radikalenerlass«. Dieser Erlass bildete die Grundlage einer Welle staatlicher Repressionsmaßnahmen gegen Sozialist*innen, Kommunist*innen und antikapitalistische Linke aller Art in der BRD. Ziel war es, Menschen, die über die bestehende Gesellschaftsordnung hinaus wollten, eine Einstellung im Staatsdienst zu verwehren (vom Lokführer, über den Postboten bis zur Lehrerin) oder sie aus dem

Staatsdienst zu entfernen. Es gab 11.000 Berufsverbotsverfahren und 1.500 Fälle, in denen Menschen verwehrt wurde, ihre erlernten Berufe auszuüben. Einige von Ihnen kommen in der Dokumentation von Hermann Abmayr zu Wort, die in der ARD-Mediathek zur Verfügung steht.

Der Film ist unter diesem Link bis Januar 2023 verfügbar unter:

<https://www.ardmediathek.de/video/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL2dlc2NoaWNodGUtaW0tZXJzdGVuLzc0OWQyYTYg4LTlzMmYtNGI3OS1hYTZlLTE3NzhjODgxMGVhYg/>

Impressum

DIE LINKE. KV Stuttgart
Falkertstraße 58
70176 Stuttgart
info@die-linke-stuttgart.de